

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1
I. Thema und Zielsetzung	1
II. Gang der Untersuchung	5
§ 2 Die Entstehungsgeschichte des § 16 Abs. 3 GmbHG	7
I. Frühere Überlegungen zum Schutz des Erwerbers von Geschäftsanteilen	7
II. Die Einführung eines Gutglaubenstatbestands im Rahmen der GmbH-Reform 2008	9
§ 3 Die Vereinbarkeit von § 16 Abs. 3 GmbHG mit Art. 14 GG	13
I. Die verfassungsrechtliche Einordnung von § 16 Abs. 3 GmbHG	14
II. Individuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs – die Gutglaubenstatbestände als gesetzgeberische Auflösung einer Grundrechtskollision?	15
III. Überindividuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs	17
§ 4 Erwerb durch Rechtsgeschäft	25
I. Keine Ersitzung	25
II. Erwerb kraft Gesetzes	27
III. Wirksames Rechtsgeschäft	31
§ 5 Eintragung in der Gesellschafterliste	32
I. Das Erfordernis der Eintragung des Veräußerers	32
II. Eintragung in der aktuellen Gesellschafterliste	34
III. Korrektes Eintragungsverfahren als Anwendbarkeitsvoraussetzung des § 16 Abs. 3 GmbHG?	35
§ 6 Beschränkung auf Verkehrsgeschäfte	37
I. Die Notwendigkeit einer teleologischen Reduktion des § 16 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	38
II. Die Unzulässigkeit einer Ungleichbehandlung von juristischen Personen und teilrechtsfähigen Gesamthandsgemeinschaften	41

VII

Inhaltsübersicht

§ 7 Fehlende Zurechenbarkeit	46
I. Vor Ablauf der Dreijahresfrist	46
1. Die Frage des maßgeblichen Zurechnungsprinzips	47
2. Die Bedeutung des Unterlassens für die Zurechenbarkeit	51
3. Die Bedeutung rechtsgeschäftlicher Wertungen	52
4. Fallgruppen	54
II. Nach Ablauf der Dreijahresfrist	77
III. Ergebnis	81
§ 8 Dreijahresfrist	84
§ 9 Kenntnis vom Vertrauenstatbestand	89
I. Die Rechtslage im Liegenschaftsrecht	89
II. Kenntnis vom Vertrauenstatbestand als notwendiges Tatbestandsmerkmal aller Vertrauensschutzvorschriften?	90
III. Die gesetzgeberische Entscheidung im Rahmen von § 16 Abs. 3 GmbHG	91
§ 10 Maßgebender Zeitpunkt für die Eintragung in der Gesellschafterliste	95
I. Veränderung der Gesellschafterliste zu Lasten des Erwerbers	95
II. Veränderung der Gesellschafterliste zu Gunsten des Erwerbers	97
§ 11 Belastungen des Geschäftsanteils	100
I. Gutgläubiger Erwerb eines Rechts am Geschäftsanteil	100
II. Aufhebung oder Inhaltsänderung eines Rechts am Geschäftsanteil	101
III. Pfandverwertung bei gutgläubig erworbenem Pfandrecht	102
IV. Kein lastenfreier Erwerb	103
V. Kein Hinwegerwerb von Einlagepflichten	110
VI. Kein gutgläubig-endgültiger Erwerb nach § 161 Abs. 3 BGB	111
§ 12 Verfügungsbeschränkungen	117
I. Insolvenz des Anteilsinhabers, § 80 Abs. 1 InsO	117
II. Testamentsvollstreckung, § 2211 Abs. 1 BGB	122
III. Nacherbschaft, § 2113 BGB	124
§ 13 Widerspruch	126
I. Voraussetzungen der Zuordnung eines Widerspruchs	126
1. Zuordnung auf Grund einer Bewilligung	126
2. Zuordnung auf Grund einer einstweiligen Verfügung	127
3. Widerspruch zur Offenlegung beschränkter dinglicher Rechte oder schwebender Bedingungen?	145
II. Wirkungen der Zuordnung eines Widerspruchs	146

§ 14 Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der mangelnden	
Berechtigung	150
I. Nachforschungsobliegenheiten	150
II. Maßgebliche Personen	153
III. Maßgebender Zeitpunkt für die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis	154
§ 15 Gutgläubiger Erwerb von Bruchteilen an Geschäftsanteilen	157
I. Bei fehlender Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafter- liste	157
II. Bei Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafterliste	160
§ 16 Gutgläubiger Erwerb bei Verstößen gegen den sachenrechtlichen	
Bestimmtheitsgrundsatz	162
§ 17 Gutgläubiger Erwerb inexistenter Geschäftsanteile?	165
I. Die Inexistenz von in der Gesellschafterliste aufgeführten Geschäfts- anteilen	165
II. Entstehung von Geschäftsanteilen kraft gutgläubigen Erwerbs? Die Anwendung des § 16 Abs. 3 GmbHG in den Fällen der Inexistenz eines Geschäftsanteils	172
III. Ergebnis	185
§ 18 Gutgläubiger Erwerb nicht-so-existenter Geschäftsanteile	186
I. Fehlerhaft geteilte Geschäftsanteile	186
II. Fehlerhaft zusammengelegte Geschäftsanteile	205
§ 19 Gutgläubiger Erwerb und Vinkulierung	211
I. Kein Schutz des guten Glaubens an die freie Übertragbarkeit der Anteile	211
II. Gutgläubiger Erwerb bei Folgezessionen	212
§ 20 Gutgläubiger Erwerb und Auslandsbeurkundung	214
I. Die im Ausland erfolgende Übertragung von deutschen GmbH-Anteilen	214
II. Die Einreichung der aktualisierten Gesellschafterliste nach einer wirksamen Übertragung im Ausland	215
III. Die Auswirkungen der Auslandsbeurkundung auf die Möglichkeit des gutgläubigen Erwerbs	217
§ 21 Die Übergangsregelung in § 3 Abs. 3 EGGmbHG	221
§ 22 Zusammenfassung	223
Literaturverzeichnis	231
Sachregister	243

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
§ 1 Einleitung	1
I. Thema und Zielsetzung	1
II. Gang der Untersuchung	5
§ 2 Die Entstehungsgeschichte des § 16 Abs. 3 GmbHG	7
I. Frühere Überlegungen zum Schutz des Erwerbers von Geschäftsanteilen	7
II. Die Einführung eines Gutglaubenstatbestands im Rahmen der GmbH-Reform 2008	9
§ 3 Die Vereinbarkeit von § 16 Abs. 3 GmbHG mit Art. 14 GG	13
I. Die verfassungsrechtliche Einordnung von § 16 Abs. 3 GmbHG	14
II. Individuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs – die Gutglaubenstatbestände als gesetzgeberische Auflösung einer Grundrechtskollision?	15
1. Schutz des schuldrechtlichen Erfüllungsanspruchs	15
2. Schutz des Vermögens des gutgläubigen Erwerbers	17
III. Überindividuelle Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs	17
1. Privatrechtsnormen und Allgemeinwohl	18
2. Verhältnismäßigkeitsprüfung	19
a) Geeignetheit	19
b) Erforderlichkeit	21
aa) Ansprüche gegen die öffentliche Hand als Alternative zum Rechtsverlust des Berechtigten	21
bb) Privatrechtliche Alternativen zum Rechtsverlust des Berechtigten	22
c) Angemessenheit	23
§ 4 Erwerb durch Rechtsgeschäft	25
I. Keine Ersitzung	25
II. Erwerb kraft Gesetzes	27
1. Erwerb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	27
2. Sonstige Fälle des Erwerbs kraft Gesetzes	28

Inhaltsverzeichnis

3. Erwerb im Wege der Zwangsvollstreckung	28
a) Erzwingung der Übertragung nach §§ 894, 898 ZPO	28
b) Zwangsvollstreckung in den schuldnere fremden GmbH-Anteil	28
III. Wirksames Rechtsgeschäft	31
§ 5 Eintragung in der Gesellschafterliste	32
I. Das Erfordernis der Eintragung des Veräußerers	32
1. Die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Normzwecks des Tatbestandsmerkmals und ihre Bedeutung für teleologische Reduktionen	32
2. Auswirkungen des Voreintragungserfordernisses bei Erbfällen	33
3. Auswirkungen des Voreintragungserfordernisses bei rechtsgeschäftlichem Erwerb	33
4. Konsequenzen für den Erwerber	34
II. Eintragung in der aktuellen Gesellschafterliste	34
III. Korrektes Eintragungsverfahren als Anwendbarkeitsvoraussetzung des § 16 Abs. 3 GmbHG?	35
§ 6 Beschränkung auf Verkehrsgeschäfte	37
I. Die Notwendigkeit einer teleologischen Reduktion des § 16 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	38
1. Die Planwidrigkeit der Erfassung der Fälle wirtschaftlicher Identität	38
2. Die Zweifel an der Verhältnismäßigkeit einer Erfassung der Fälle wirtschaftlicher Identität	39
3. Anwendung aus Gründen des Gläubigerschutzes?	40
II. Die Unzulässigkeit einer Ungleichbehandlung von juristischen Personen und teilrechtsfähigen Gesamthandsgemeinschaften	41
1. Gesamthandsgemeinschaften mit Rechtssubjektivität	42
2. Gesamthandsgemeinschaften ohne Rechtssubjektivität	45
§ 7 Fehlende Zurechenbarkeit	46
I. Vor Ablauf der Dreijahresfrist	46
1. Die Frage des maßgeblichen Zurechnungsprinzips	47
a) Das Verschuldensprinzip	47
b) Das Veranlassungsprinzip	48
aa) Der Begriff der Veranlassung	48
bb) Die Bedeutung der Veranlassung als Mindestanforderung an die Zurechenbarkeit	49
cc) Die Untauglichkeit des Veranlassungsprinzips als alleiniges Zurechnungskriterium	49
c) Das Risikoprinzip	50
2. Die Bedeutung des Unterlassens für die Zurechenbarkeit	51
3. Die Bedeutung rechtsgeschäftlicher Wertungen	52

4. Fallgruppen	54
a) Fallgruppe 1: Die Aufnahme einer unrichtigen Gesellschafter- liste im Zusammenhang mit einer Anteilsübertragung	54
aa) „Objektive“ Wirksamkeitshindernisse	55
bb) Wirksamkeitshindernisse in der Person des Erstzessionars	55
cc) Geschäftsunfähigkeit	55
dd) Beschränkte Geschäftsfähigkeit	56
ee) Vertretung ohne Vertretungsmacht	57
ff) Arglistige Täuschung	57
gg) Widerrechtliche Drohung	58
hh) Irrtum	59
ii) Wissentliche Schaffung eines Scheintatbestands	60
jj) Gesellschafter-Geschäftsführer	61
kk) Fehler des Notars bei der Übertragung eines anderen Geschäftsanteils des Berechtigten	61
b) Fallgruppe 2: Die Veränderung der materiellen Rechtslage durch Übertragung des Anteils bei unveränderter Listen- eintragung	62
aa) Grundsätzliche Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit	62
bb) Der Ausschluss der Zurechenbarkeit im unmittelbaren zeitlichen Anschluss an den Erwerb	63
cc) Die Länge der zu Gunsten des Erwerbers wirkenden Schonfrist	65
dd) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei wirksamer Kaduzierung	68
c) Fallgruppe 3: Ohne jedes Zutun des Berechtigten entstandene Scheintatbestände	69
aa) Grundsätzlich fehlende Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit	69
bb) Unterlassene Berichtigung trotz Kenntnis des Schein- tatbestands	70
cc) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei Erbfällen	72
(1) Grundsätzlich fehlende Zurechenbarkeit bei Eintragung eines Scheinerben	72
(2) Kenntnis von der Scheinerbfolge	74
(3) Die Anwendbarkeit des § 2366 BGB ab dem Zeitpunkt der Eintragung des Scheinerben in der Gesellschafter- liste	74
dd) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei unwirksamer Kaduzierung	76
II. Nach Ablauf der Dreijahresfrist	77
III. Ergebnis	81
 § 8 Dreijahresfrist	84
I. Gesonderte Beurteilung für jeden einzelnen Geschäftsanteil	84
II. Unterschiedliche Fristen hinsichtlich ein- und desselben Anteils	84

Inhaltsverzeichnis

III. Diskrepanz zwischen wahrer und publizierter Rechtslage	84
1. Einreichung einer unrichtigen Gesellschafterliste	85
2. Veränderung der wahren Rechtslage	85
IV. Durchgehende Unrichtigkeit	85
V. Gesamter Zeitraum seit erstmaliger Entstehung der unrichtigen Eintragung	86
VI. Beginn der Dreijahresfrist beim Erwerb vom Scheinerben	87
VII. Beginn der Dreijahresfrist bei Scheinberechtigung des Erblassers	88
VIII. Zeitpunkt des Erwerbs	88
 § 9 Kenntnis vom Vertrauenstatbestand	89
I. Die Rechtslage im Liegenschaftsrecht	89
II. Kenntnis vom Vertrauenstatbestand als notwendiges Tatbestands- merkmal aller Vertrauensschutzvorschriften?	90
III. Die gesetzgeberische Entscheidung im Rahmen von § 16 Abs. 3 GmbHG	91
 § 10 Maßgebender Zeitpunkt für die Eintragung in der Gesellschafterliste	95
I. Veränderung der Gesellschafterliste zu Lasten des Erwerbers	95
II. Veränderung der Gesellschafterliste zu Gunsten des Erwerbers	97
 § 11 Belastungen des Geschäftsanteils	100
I. Gutgläubiger Erwerb eines Rechts am Geschäftsanteil	100
II. Aufhebung oder Inhaltsänderung eines Rechts am Geschäftsanteil	101
III. Pfandverwertung bei gutgläubig erworbenem Pfandrecht	102
IV. Kein lastenfreier Erwerb	103
1. Die fehlende Eintragungsfähigkeit von beschränkten dinglichen Rechten	104
a) Eintragungsfähigkeit als Entsprechung zur Anmeldungs- fähigkeit nach § 16 Abs. 1 GmbHG a.F.?	104
aa) Die gegen die Eintragungsfähigkeit von Belastungen sprechenden Gründe	105
bb) Die analoge Anwendung der §§ 413, 409, 407 BGB auf Nießbrauchbestellungen und Verpfändungen	107
b) Anspruch auf Eintragung aus § 1004 Abs. 1 BGB?	109
2. Keine Möglichkeit der Offenlegung durch Widerspruch	109
3. Folgerungen für den gutgläubig-lastenfreien Erwerb von Geschäftsanteilen	110
V. Kein Hinwegerwerb von Einlagepflichten	110
VI. Kein gutgläubig-endgültiger Erwerb nach § 161 Abs. 3 BGB	111
1. Die fehlende Möglichkeit der Offenlegung schwebender Bedingungen	112
2. Die Nähe des gutgläubig-endgültigen Erwerbs zum gutgläubig- lastenfreien Erwerb	114

§ 12 Verfügungsbeschränkungen	117
I. Insolvenz des Anteilsinhabers, § 80 Abs. 1 InsO	117
1. Verfügungen des Schuldners	117
2. Verfügungen des Erwerbers	120
a) Die grundsätzliche Anwendbarkeit von § 16 Abs. 3 GmbHG	120
b) Die modifizierte Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	120
II. Testamentsvollstreckung, § 2211 Abs. 1 BGB	122
III. Nacherbschaft, § 2113 BGB	124
1. Entgeltliche Verfügungen	124
2. Unentgeltliche Verfügungen	124
§ 13 Widerspruch	126
I. Voraussetzungen der Zuordnung eines Widerspruchs	126
1. Zuordnung auf Grund einer Bewilligung	126
2. Zuordnung auf Grund einer einstweiligen Verfügung	127
a) Widerspruch eines anderen Anteilsprätendenten	127
aa) Anspruch auf richtige Eintragung der eigenen Beteiligung?	129
bb) Der zu sichernde Anspruch	131
cc) Richtiger Antragsgegner und richtige Hauptsacheklage	134
b) Widerspruch durch andere Personen, insbesondere durch Mitgesellschafter	135
aa) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei freier Übertragbarkeit der Geschäftsanteile	136
(1) Gegen den eingetragenen Prätendenten gerichtete Hauptsacheklage	136
(2) Gegen die Gesellschaft gerichtete Hauptsacheklage	137
bb) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei fehlerhafter Teilung eines Geschäftsanteils	138
cc) Widerspruch durch Mitgesellschafter bei Vinkulierung der Geschäftsanteile	140
dd) Widerspruch durch Geschäftsführer	141
c) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	144
3. Widerspruch zur Offenlegung beschränkter dinglicher Rechte oder schwebender Bedingungen?	145
II. Wirkungen der Zuordnung eines Widerspruchs	146
1. Ausschluss der Gutgläubenswirkung	146
2. Wirkungslosigkeit unbegründeter Widersprüche	147
3. Maßgebender Zeitpunkt für die Zuordnung eines Widerspruchs	148
§ 14 Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der mangelnden Berechtigung	150
I. Nachforschungsobliegenheiten	150
1. Keine allgemeinen Nachforschungsobliegenheiten	151
a) Obliegenheit zur Überprüfung der Wirksamkeit früherer Anteilsübertragungen?	151

Inhaltsverzeichnis

b) Obliegenheit zur Einsichtnahme in die Gesellschafterliste? . . .	151
2. Voraussetzungen konkreter Nachforschungsobliegenheiten . . .	153
II. Maßgebliche Personen	153
III. Maßgebender Zeitpunkt für die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis	154
§ 15 Gutgläubiger Erwerb von Bruchteilen an Geschäftsanteilen	157
I. Bei fehlender Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafter- liste	157
1. Der Vergleich mit der Rechtslage bei der Übertragung von Miteigentumsanteilen an beweglichen Sachen	158
2. Die fortbestehende Eintragung des wahren Berechtigten als entscheidendes Differenzierungskriterium	159
II. Bei Angabe der Beteiligungsquoten in der Gesellschafterliste	160
§ 16 Gutgläubiger Erwerb bei Verstößen gegen den sachenrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz	162
§ 17 Gutgläubiger Erwerb inexistenter Geschäftsanteile?	165
I. Die Inexistenz von in der Gesellschafterliste aufgeführten Geschäfts- anteilen	165
1. Aus fehlerhaften Gründungen hervorgegangene Geschäfts- anteile	166
a) Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	166
b) Fehlerhafte Beitrittserklärung	167
c) Exkurs: Die Unwirksamkeit der Beitrittserklärungen aller Gesellschafter	169
2. Aus fehlerhaften Kapitalerhöhungen hervorgegangene Geschäfts- anteile	171
a) Fehlerhafter Kapitalerhöhungsbeschluss	171
b) Fehlerhafter Übernahmevertrag	172
II. Entstehung von Geschäftsanteilen kraft gutgläubigen Erwerbs? Die Anwendung des § 16 Abs. 3 GmbHG in den Fällen der Inexistenz eines Geschäftsanteils	172
1. Die Regelungsabsicht der Gesetzesverfasser	172
2. Der Vergleich mit der Rechtslage im Aktienrecht	173
3. Unterschiedliche Ausgangslage im GmbH-Recht und im Aktien- recht	178
a) Zurechenbarkeit	178
b) Scheintatbestand	178
4. Der Zusammenhang zwischen der Stammkapitalziffer und der Summe der Nennwerte aller Geschäftsanteile	180
5. Der schuldrechtliche Ausgleich	182
6. Die Systemwidrigkeit der Entstehung neuer Mitgliedschaften kraft gutgläubigen Erwerbs	183

a) Die geringen Vorteile eines gutgläubigen Erwerbs inexistenter Anteile	183
b) Die Unvereinbarkeit mit dem gesetzlichen System der Entstehung von Mitgliedschaften	184
III. Ergebnis	185
§ 18 Gutgläubiger Erwerb nicht-so-existenter Geschäftsanteile	186
I. Fehlerhaft geteilte Geschäftsanteile	186
1. Die Teilung von Geschäftsanteilen nach neuem Recht	186
a) Vorratsteilung	188
b) Teilübertragung	191
2. Fehlerhafte Vorratsteilung	192
a) Die Abspaltung eines Teilgeschäftsanteils im Wege gutgläubigen Erwerbs	192
b) Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG in den Fällen fehlerhafter Teilung	196
3. Fehlerhafte Teilübertragung	199
4. Abtretungen im Anschluss an eine fehlerhafte Teilübertragung	199
a) Verfügungen des Zessionars über den vermeintlich erworbenen Teilgeschäftsanteil	201
aa) Unwirksamkeit lediglich der Abtretung, nicht aber der Teilung	201
bb) Unwirksamkeit der Teilung, kein gutgläubiger Erwerb bei der Erstzession	201
b) Verfügungen des Zedenten über den Restgeschäftsanteil	202
aa) Unwirksamkeit lediglich der Abtretung, nicht aber der Teilung	202
bb) Unwirksamkeit der Teilung, kein gutgläubiger Erwerb bei der Erstzession	203
5. Teilübertragung nach unwirksamem Erwerb eines ganzen Geschäftsanteils	204
II. Fehlerhaft zusammengelegte Geschäftsanteile	205
1. Die Zusammenlegung von Geschäftsanteilen nach neuem Recht	206
2. Unwirksame Zusammenlegung trotz materieller Berechtigung an sämtlichen Anteilen	207
a) Übertragung des gesamten, vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils	207
b) Übertragung eines Teils des vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils	208
3. Unwirksame Zusammenlegung wegen fehlender Berechtigung an einem der Anteile	208
a) Übertragung des gesamten, vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils	208
b) Übertragung eines Teils des vermeintlich zusammengelegten Geschäftsanteils	209

Inhaltsverzeichnis

§ 19 Gutgläubiger Erwerb und Vinkulierung	211
I. Kein Schutz des guten Glaubens an die freie Übertragbarkeit der Anteile	211
II. Gutgläubiger Erwerb bei Folgezessionen	212
1. Verstöße gegen die Vinkulierungsklausel bei vorangegangenen Abtretungen	212
2. Die Anwendung des § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG bei Verstößen gegen die Vinkulierungsklausel	212
§ 20 Gutgläubiger Erwerb und Auslandsbeurkundung	214
I. Die im Ausland erfolgende Übertragung von deutschen GmbH-Anteilen	214
II. Die Einreichung der aktualisierten Gesellschafterliste nach einer wirksamen Übertragung im Ausland	215
1. Einreichungspflicht des ausländischen Notars?	216
2. Einreichungsfähigkeit des ausländischen Notars	216
3. Reservezuständigkeit des Geschäftsführers	216
III. Die Auswirkungen der Auslandsbeurkundung auf die Möglichkeit des gutgläubigen Erwerbs	217
1. Auslandsbeurkundung des Übertragungsgeschäfts zwischen nichtberechtigtem Veräußerer und gutgläubigem Erwerber	217
2. Auslandsbeurkundung des Übertragungsgeschäfts zwischen nichtberechtigtem Veräußerer und seinem Rechtsvorgänger	218
3. Ergebnis	220
§ 21 Die Übergangsregelung in § 3 Abs. 3 EGGmbHG	221
1. Gesonderte Beurteilung für jeden einzelnen Geschäftsanteil	221
2. Das Erfordernis einer Altunrichtigkeit	221
3. Der maßgebende Zeitpunkt für die Zurechenbarkeit	222
§ 22 Zusammenfassung	223
Literaturverzeichnis	231
Sachregister	243